

## Protokoll

**Parteitag vom 29. April 2009, 19.00 bis 21.30 im Hotel National, Bern**

**Präsenz:** 129 Stimmberechtigte, davon 94 Delegierte von Sektionen und Regionalverbänden sowie 35 Mandatärinnen und Mandatären

Absolute Mehr: 65

**Leitung:** Roland Näf

**Protokoll:** Sonja Walther

## Traktanden

<b>1. Eröffnung und Begrüssung</b> .....	2
<b>2. Wahlen zum Parteitag</b> .....	2
<b>2.1. StimmzählerInnen</b> .....	2
<b>2.2. Mandatsprüfungskommission</b> .....	2
<b>2.3. Wahlbüro</b> .....	3
<b>2.4. Tagesbüro</b> .....	3
<b>3. Genehmigungen</b> .....	3
<b>3.1. Tagesordnung</b> .....	3
<b>3.2. Geschäftsordnung</b> .....	3
<b>3.3. Protokoll des Parteitages vom 26.11.2008*</b> .....	3
<b>4. Ansprache der Parteipräsidentin Irène Marti Anliker</b> .....	3
<b>5. Sozialpolitik im Zeichen der Wirtschaftskrise</b> .....	4
<b>5.1. Einführungsreferat: Philippe Perrenoud, Regierungsrat</b> .....	4
<b>5.2. Diskussion</b> .....	5
<b>5.3. Sozialpolitische Forderungen der SP Kanton Bern</b> .....	5
<b>6. Genehmigung des Berichtes der Geschäftsprüfungskommission</b> .....	8
<b>7. Finanzgeschäfte</b> .....	8
<b>7.1. Jahresrechnung 2008</b> .....	8
<b>7.2. Décharge – Erteilung</b> .....	8
<b>7.3. Finanzplan 2010-12</b> .....	8
<b>7.4. Antrag Wahlzehner 2010-2011</b> .....	8
<b>8. Wahlen</b> .....	9
<b>8.1. in die Geschäftsleitung</b> .....	9
<b>8.2. der Geschäftsprüfungskommission</b> .....	10

<b>9. Energiewende jetzt - mit dem neuen Energiegesetz.....</b>	<b>10</b>
<b>9.1. Referat Barbara Egger-Jenzer, Regierungsrätin .....</b>	<b>10</b>
<b>9.2. Stellungnahme der Geschäftsleitung: Roland Näf .....</b>	<b>11</b>
<b>9.3. Antrag der Geschäftsleitung .....</b>	<b>11</b>
<b>10. Resolutionen.....</b>	<b>12</b>
<b>Resolution der Geschäftsleitung.....</b>	<b>12</b>
<b>11. Schluss des Parteitages.....</b>	<b>12</b>

## 1. Eröffnung und Begrüssung

Roland Näf begrüsst die Anwesenden inkl. Medienvertreter.

Johannes Wartenweiler – Sekretär der GKB und GSB - begrüsst die Anwesenden als Vertreter der Gewerkschaften. Corrado Pardini lässt sich entschuldigen. Er ist aus gewerkschaftlichen Gründen verhindert. Zudem lädt Johannes Wartenweiler die Anwesenden zur 1. Mai-Feier auf dem Bundesplatz ein.

## 2. Wahlen zum Parteitag

### 2.1. StimmzählerInnen

Es werden vorgeschlagen und gewählt:

	<b>StimmzählerIn</b>	<b>Ersatz</b>
Tisch 1	Theo Balmer, Utzenstorf	Petra Balmer, Utzenstorf
Tisch 2	Werner Baumberger, Schüpfen	Romy Baumberger, Schüpfen
Tisch 3	Willi Zahnd, Bern	Elsi Meyer, Bern
Tisch 4	Peter Schneider, Diessbach	Trösch Marceline, Diessbach
Tisch 5	Simon Bauder, Lyss	Margrit Junker Burkhard, Lyss
Tisch 6	Marcel Schneider. Langnau	Barbara Maurer, Langnau

### 2.2. Mandatsprüfungskommission

Es werden vorgeschlagen und gewählt: Maria Gilomen, Ruth Steudler und Heinz Rau.

### 2.3. Wahlbüro

Es werden vorgeschlagen und gewählt: Angelika Neuhaus als Präsidentin sowie die StimmenzählerInnen.

### 2.4. Tagesbüro

Das Tagesbüro wird gemäss Stauten eingesetzt. Es besteht aus der Parteileitung: Irène Marti Anliker, Roland Näf und StimmenzählerInnen.

## 3. Genehmigungen

### 3.1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

### 3.2. Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung wird wie vorgeschlagen genehmigt.

### 3.3. Protokoll des Parteitages vom 26.11.2008

Das Protokoll wird genehmigt.

## 4. Ansprache der Parteipräsidentin Irène Marti Anliker

*Originalansprache: Siehe Beilage*

Zu Beginn ihrer Ansprache erwähnt Irène Marti Anliker das Motto der diesjährigen 1. Mai – Feier „Krise bekämpfen – Jobs und soziale Sicherheit!“. Anschliessend zeigt sie auf, dass die SP der zunehmenden Arbeitslosigkeit nicht tatenlos zuschaut, und dass sie politisch hartnäckig bleiben muss, damit es genügend erneuerbare Energien gibt. Die SP setzt sich in der Krise für mehr Arbeitsplätze und für bessere Bedingungen für die Menschen ein, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Irène Marti Anliker nennt Erfolge – z. B. Sondersession zur Wirtschaftskrise - wie auch Rückschläge– Ablehnung des „Haus der Verbände“ – der Kantonalpartei.

Damit die Politik der SP umgesetzt werden kann, muss sie im Parlament gut vertreten sein. Sie muss die stärkste Fraktion im Grossen Rat, die stärkste Partei im Kanton sein. Im Regierungsrat gilt es, die rot-grüne Mehrheit zu verteidigen.

Am Schluss ruft Irène auf, dass sich alle in der SP anstrengen müssen, dass alle hinaus gehen und die Leute überzeugen müssen. Diese Knochenarbeit kann nicht delegiert werden, alle müssen mithelfen, jedes einzelne Parteimitglied.

Roland Näf dankt Irène für ihre Ansprache und überreicht ihr Blumen.

## 5. Sozialpolitik im Zeichen der Wirtschaftskrise

### 5.1. Einführungsreferat: Philippe Perrenoud, Regierungsrat

*Originalreferat: Siehe Beilage*

Philippe Perrenoud äussert sich zuerst zur Wirtschaftskrise und fasst anschliessend den Sozialbericht 2008 zusammen und stellt am Schluss konkret dar, wem das sozialpolitische Engagement der SP gilt.

#### **Wirtschaftskrise**

Schon jetzt sind die Folgen der Wirtschaftskrise sichtbar. Erstens werden die Ärmsten den höchsten Preis zahlen. Zweitens haben die Staaten bereits gravierende Entscheide bezüglich der öffentlichen Finanzen getroffen oder werden sie noch treffen, von denen niemand weiss, was dies morgen bezüglich Verschuldung bedeuten wird. Drittens wird der Konkurs des internationalen Finanzsystems die sozialen Kompensationssysteme und anderen Versicherungen mit sozialen Zielen stark unter Druck setzen. Viertens wird die Kombination von sinkender Kaufkraft, massiver Verschuldung der öffentlichen Hand und erhöhtem Druck auf die Sozialversicherungen zu massiven Verteilungskonflikten führen.

Für soziale Gerechtigkeit kämpfen und die Kaufkraft erhalten: So lauten die Kernpunkte der **SP** – der **Solidaritäts-Partei**.

#### **Sozialbericht**

Der Sozialbericht 2008 hat gezeigt, dass 7% der Berner Haushalte arm sind, während weitere 5% in prekären Verhältnissen leben. Ein Kind von zehn unter fünf Jahren bezieht über seine Eltern Sozialhilfe. Eine alleinerziehende Person von vier ist von der Sozialhilfe abhängig. Ein Haushalt von zwanzig, in dem mindestens eine Person eine Stelle hat, gehört zu den „Working Poor“, das heisst, dass sein Einkommen nicht ausreicht, um die Grundbedürfnisse zu finanzieren. Das sind 90'000 Personen, die dauerhaft in sehr schwierigen Verhältnissen leben.

#### **Soziales Engagement**

Ziel des Handels von Philippe Perrenoud ist „Halbierung der Armut in unserem Kanton innerhalb von zehn Jahren“. Dies kann nur erreicht werden, wenn alle mithelfen. Am 22. Juni findet der „Sozialgipfel“ statt, zudem alle betroffenen

Kreise eingeladen sind, die durch den Sozialbericht angeregten Reflexionen zu konkretisieren.

Es braucht:

- eine bessere gesetzliche Grundlage für die integrierte Versorgung (Managed Care)
- erweiterte Kompetenzen der Kantone für die Planung der ambulanten, spitalexternen Pflege
- eine Reform des Systems der Reserven, Wettbewerbsverzehrung zu vermeiden
- zusätzlicher Massnahmen, um Medikamentenpreise zu senken
- eine Beschleunigung der Arbeit für die Koordination der hochspezialisierten Medizin

Angesichts der Tatsache, dass der Kanton Bern bis Ende 2009 seine Spitalliste neu definieren muss, damit sie der nicht immer ganz nachvollziehbaren eidgenössischen Rechtsprechung genügt, müssen die künftigen Lösungen rasch gefunden werden. Dies will Philippe Perrenoud mit einem partizipativem Ansatz erreichen. Deshalb ladet er am 18. Mai zu einem runden Tisch mit den Versicherungen und den Berner Spitälern ein.

Angelika bedankt sich für die Rede von Philippe Perrenoud.

## 5.2. Diskussion

In der Diskussionsrunde wird Philippe Perrenoud gefragt, welche Massnahmen er zur Bekämpfung der Armut ergreifen wird. Zudem werden Themen wie „Einheitskrankenkasse“ und „nationales Gesundheitssystem“ aufgegriffen. Auch Fragen zu den Privatspitälern werden gestellt. Ebenfalls die Ergänzungsleistungen sind Gegenstand der Fragen aus dem Plenum.

Philippen nimmt zu diesen Fragen und Themen Stellung.

Am Schluss dankt Angelika Neuhaus Philippe Perrenoud für seinen enormen Einsatz und wünscht ihm Mut und Geduld.

## 5.3. Sozialpolitische Forderungen der SP Kanton Bern

*Sozialpolitische Forderungen: Siehe Beilage*

Alle Anwesenden haben die sozialpolitischen Forderungen erhalten. Irène Marti erläutert diese Forderungen.

Folgende Anträge wurden eingereicht und wie folgt genehmigt:

### **Antrag 1 / SP Frauen Kanton Bern**

Forderung 1 / Punkt 1

Alte Formulierung:

- Weiterbildungsoffensive: massiver Ausbau der Angebote in der Weiterbildung für alle Berufsgruppen

Antrag SP-Frauen: neue Formulierung:

- Finanzierungsoffensive für Weiterbildung: wer sich weiterbilden oder eine Ausbildung nachholen will, wird kostenlos beraten und wenn nötig finanziell unterstützt. Der Kanton informiert flächendeckend über die Möglichkeit der Nachholbildung.

Diesem Antrag wird zugestimmt.

### **Antrag 2 / SP Frauen Kanton Bern**

Forderung 1 / Punkt 2

Alte Formulierung:

- Bereitstellen von genügend Beschäftigungsprogrammen für Arbeitslose. Wer von Kurzarbeit betroffen ist, muss zwingend die Möglichkeit für Nachqualifikationen haben.

Antrag SP-Frauen: Ergänzung des ersten Satzes sowie den zweiten Satz als eigenständigen Punkt aufnehmen.

- Bereitstellen von genügend Beschäftigungsprogrammen für Arbeitslose in enger Koordination von Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe (BIAS) und IV.
- Wer von Kurzarbeit betroffen ist, muss zwingend die Möglichkeit für Nachqualifikationen haben.

Diesem Antrag wird zugestimmt.

### **Antrag 3 / SP Frauen Kanton Bern**

Forderung 2 / Punkt 5

Alte Formulierung:

- Unterstützung von Jugendlichen bei der Lehrstellensuche (Ausbau Case-Management, Brückenangebote).

Antrag SP-Frauen: Ergänzung der Forderung

- Das Case Management Berufsbildung muss die nötigen Mittel erhalten, damit es im ganzen Kanton sinnvoll betrieben werden kann, die verschiedenen

Brückenangebote müssen abgestimmt und wo nötig ergänzt werden. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei den jungen Frauen mit Migrationshintergrund.

Dem Antrag wie folgt genehmigt

1. Satz abgelehnt
2. Satz zugestimmt

#### **Antrag 4 / Fachausschuss Gesundheit**

Forderung 1 / Punkt 7

Alte Formulierung

- Optimale Betreuungsangebote und eine gute Infrastruktur für eine weit gehende Autonomie behinderter Menschen.

Antrag Fachausschuss Gesundheit: zu streichen (eine neue Formulierung unter Forderung 4 „Wohlergehen und Würde ...“ aufnehmen)

- Schaffung bzw. Erhaltung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen.

Diesem Antrag wird zugestimmt.

#### **Antrag 5 / Fachausschuss Gesundheit**

Forderung 4 / Hauptforderung

Alte Formulierung:

Wohlergehen und Würde im Alter dank sicherer Altersvorsorge und guter Betreuungs- und Pflegeangebote.

Antrag Fachausschuss Gesundheit: Ergänzung

Wohlergehen und Würde **von Menschen mit Behinderung und** im Alter dank sicherer Alters- **und Invalidenvorsorge** und guter Betreuungs- und Pflegeangebote.

Diesem Antrag wird zugestimmt.

#### **Antrag 6 / Fachausschuss Gesundheit**

Forderung 4 / Punkt 1

Alte Formulierung

- Stärkung der AHV - das Umlageverfahren für die Renten hat sich bewährt.

Antrag Fachausschuss Gesundheit: Ergänzung

- Stärkung der AHV- **und IV** - das Umlageverfahren hat sich bewährt.

Diesem Antrag wird zugestimmt.

Diese Forderungen werden mit den genehmigten Anträgen genehmigt.

## **6. Genehmigung des Berichtes der Geschäftsprüfungskommission**

Der Geschäftsprüfungsbericht wird einstimmig genehmigt.

## **7. Finanzgeschäfte**

### **7.1. Jahresrechnung 2008**

Die Jahresrechnung wird einstimmig genehmigt.

### **7.2. Décharge – Erteilung**

Die Décharge wird einstimmig erteilt.

### **7.3. Finanzplan 2010-12**

Der Finanzplan wird einstimmig genehmigt.

### **7.4. Antrag Wahlzehner 2010-2011**

#### **Anträge der Geschäftsleitung: Erhebung eines Wahlzehners**

1. Der Parteitag beschliesst die Erhebung eines Sonderbeitrages von Fr. 10.-- pro Mitglied für die Grossrats- und Regierungsratswahlen 2010 und die National- und Ständeratswahlen 2011.
2. Der Beitrag wird den Sektionen auf Grund der Mitgliederzahl am 15. Februar 2009 (nach der Bereinigung der Mitgliederlisten) vom kantonalen Parteisekretariat in Rechnung gestellt. Er ist zahlbar bis spätestens 31.9.2011.
3. Den Sektionen steht es frei, ob sie den Sonderbeitrag auf die Mitglieder überwälzen oder aus den Mitteln der Sektion bezahlen.

Dieser Antrag wird einstimmig genehmigt.

Irène dank den Genossinnen und Genossen für diese Zustimmung.

## 8. Wahlen

### 8.1. in die Geschäftsleitung

Irène Marti Anliker dankt Ursula Meier - Grunder für ihre Arbeit in der Geschäftsleitung in den letzten drei Jahren. Sie überreicht ihr einen Blumenstrauss.

### Neuwahlen

Als Vertreterin der SP Frauen Kanton Bern wird Barbara Stalder Ritschard vorgeschlagen und gewählt. Am Samstag, 2. Mai wird sie voraussichtlich als Präsidentin der SP Frauen Kanton Bern gewählt.

Es werden zur Wiederwahl vorgeschlagen und gewählt:

### Wiederwahlen

*Präsidentin:	Irène Marti Anliker, Bern
*Vizepräsident:	Roland Näf, Muri
*Parteisekretärin:	Angelika Neuhaus, Bern
*Parteisekretär:	Daniel Furter, Bern
*Präsidentin der GR-Fraktion:	Margreth Schär, Lyss
Regierungsmitglieder:	Barbara Egger-Jenzer, Bremgarten
	Philippe Perrenoud, Tramelan
	Andreas Rickenbacher, Jens
Staatsschreiber:	Kurt Nuspliger, Bern
Vertreterin der Berner Deputation in den eidgenössischen Räten	Simonetta Sommaruga, Spiegel
Vertreter JUSO:	Wouter van Minnen, Weier im Emmental
Genderfachperson:	Ursula Marti, Bern
Frei gewählte Mitglieder:	Kaspar Boss, Interlaken
	Alain Sermet, Bienne
	Wienert Fabian, Belp

\*Parteileitung

## 8.2. der Geschäftsprüfungskommission

Die Geschäftsprüfungskommission wird wie vorgeschlagen und gewählt:

Präsident	Rau Heinz, Bern
	Bhend Samuel, Gunten
	Kauert-Löffel Verena, Spiez
	Ramseier Anneke, Worb
	Stucki Charles, Ins

Irène Marti Anliker verdankt die Arbeit von Angelika Neuhaus und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sekretariats SP Kanton Bern.

## 9. Energiewende jetzt - mit dem neuen Energiegesetz

### 9.1. Referat Barbara Egger-Jenzer, Regierungsrätin

*Originalreferat: Siehe Beilage*

Barbara Egger-Jenzer informiert die Anwesenden über das revidierte Energiegesetz, mit dem die rot-grüne Regierung im Kanton Bern den „Energie-Change“ einläuten will. Sie beschränkt sich dabei auf die fünf wichtigsten Punkte:

#### **Bundeshvorgabe / MuKEN**

Die Grundlagen für dieses neue Gesetz sind die Vorgaben des Bundes und die sogenannte Musterverordnung (MuKEN). Dies sind Massnahmen, welche für den Energieverbrauch von Gebäuden, Anlagen und Geräten strenge Vorschriften festlegen und so die Energieeffizienz massiv verbessert.

#### **Gebäudeenergieausweis**

Dieser Ausweis ist ein ideales Instrument zur Beurteilung der Qualität von bestehenden Gebäuden und zur Abschätzung des Sanierungsbedarfs. Die bewährten Energieetiketten mit den Klassen A bis F, welche heute für Personenwagen verwendet werden, sollen auch für Gebäude angewendet werden.

## **Anreize und Gebote zur Gebäudesanierung**

Förderbeiträge sollen für Hauseigentümer Anreize bieten, um ihre Liegenschaft freiwillig sanieren. Für Gebäude mit der schlechtesten Energieeffizienz sieht die Gesetzesvorlage eine Sanierungspflicht innert 15 Jahre vor.

## **Lenkungsabgabe auf Strom**

Der Regierungsrat will ein Anreizsystem schaffen, das sparsame Stromverbraucherinnen und Stromverbraucher finanziell belohnt. Diese Finanzierung erfolgt über eine staatsquotenneutrale Lenkungsabgabe auf den Stromverbrauch.

## **Massnahme bei der öffentlichen Hand**

Das neue Energiegesetz verlangt von der öffentlichen Hand, energiepolitisch mit gutem Beispiel voranzugehen. Für die kantonalen und mehrheitlich vom Kanton subventionierten Gebäude sollen wesentlich strengere Anforderungen an die Energieeffizienz gelten als für private Bauten.

Wenn alles nach Plan läuft, kann die Regierung das neue Energiegesetz am 1. November 2010 in Kraft setzen.

## **9.2. Stellungnahme der Geschäftsleitung: Roland Näf**

Die Geschäftsleitung steht mit voller Überzeugung hinter dem neuen Energiegesetz. Es ist erstens ein wichtiger Schritt zu mehr Arbeitsplätzen in schwierigen Zeiten und zweitens machen wir endlich vorwärts für unser Klima und die Umwelt. Eine Gebäudesanierung oder der Bau einer kleinen Stromproduktionsanlage bringt Arbeit in alle Regionen unseres Kantons. Davon profitieren die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der kleinen und mittleren Betriebe.

## **9.3. Antrag der Geschäftsleitung**

Die SP steht voll hinter dem Klimaschutz und der Förderung der erneuerbaren Energien und will diese Ziele mit dem neuen Energiegesetz rasch umsetzen. Falls das Energiegesetz in den Beratungen im Grossen Rat nicht zufriedenstellend verabschiedet werden sollte, wird die SP den wichtigen Anliegen mit einem Volksvorschlag zum Durchbruch verhelfen. Das Gesetz führt schneller und wirkungsvoller ans Ziel, deshalb verzichtet die SP auf eine Unterstützung der Initiative «BERNeuerbar».

Diesem Antrag wird zugestimmt.

## 10. Resolutionen

Die Resolution der Geschäftsleitung hängt sehr stark mit dem Energiegesetz zusammen.

### Resolution der Geschäftsleitung

Energiewende jetzt: Von der BKW zum BioKraftWerk!

Der Parteitag der SP Kanton Bern fordert, dass die BKW zum vorbildlichen BioKraftWerk wird. Die mehrheitlich der Berner Bevölkerung gehörende BKW soll sofort einen zukunftsweisenden Strategiewechsel vornehmen und in Energieeffizienz und erneuerbare Energien investieren und auf Investitionen in CO2-lastige Energieträger und die Hochrisiko-Atomkraft verzichten. Damit können im Kanton Bern nachhaltig mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.

Der Resolution wird einstimmig zugestimmt.

## 11. Schluss des Parteitages

Irène Marti Anliker dankt allen TeilnehmerInnen. Zudem weist sie auf die Regierungsstatthalterwahlen in Bern und Thun vom 17. Mai hin.

Bern, 19. Juni 2009

Die Protokollführerin



Sonja Walther

- Ansprache Irène Marti Anliker
- „Welche Sozialpolitik in Zeiten der Wirtschaftskrise?“, Einführungsreferat Philippe Perrenoud
- „Sozialpolitik in Zeiten der Wirtschaftskrise“, sozialpolitische Forderungen der SP Kanton Bern
- „Energiewende jetzt – mit dem neuen Energiegesetz“, Referat Barbara Egger-Jenzer